

Ahlert, Gerd

Working Paper

Volkswirtschaftliche Wirkungen des Sportstättenbaus

GWS Discussion Paper, No. 2006/2

Provided in Cooperation with:

GWS - Institute of Economic Structures Research, Osnabrück

Suggested Citation: Ahlert, Gerd (2006) : Volkswirtschaftliche Wirkungen des Sportstättenbaus, GWS Discussion Paper, No. 2006/2, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), Osnabrück

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/94436>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Volkswirtschaftliche Wirkungen des Sportstättenbaus

Gerd Ahlert

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH (GWS)

Weissenburger Str. 4

D - 49076 Osnabrück

Gerd Ahlert (Ahlert @gws-os.de)

Tel.: +49 (541) 40933-17

Fax: +49 (541) 40933-11

<http://www.gws-os.de>



Osnabrück, im Oktober 2006

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	3
1 Einleitung	4
2 Förderung des Sports durch die Öffentliche Hand	4
3 Empirische Studien zu den volkswirtschaftlichen Wirkungen des Sportstättenbaus	7
3.1 Die Studie der GWS (Ahlert, 2004)	8
3.2 Die Studie des NIW (Hard et al., 2006)	14
3.3 Ein kurzer methodischer Vergleich beider Studien	16
4 Einige abschließende Bemerkungen	16
LITERATUR	18

1 EINLEITUNG

Der ehrenamtlich organisierte Breitensport, der Basis für einen erfolgreichen Spitzensport ist, sieht sich deutlich veränderten Rahmenbedingungen gegenüber. Einerseits erfordert eine erfolgreiche Nachwuchsförderung für den Spitzensport auf breiter Ebene exzellente Trainingsbedingungen für Jugendliche in den Vereinen. Andererseits muss aber stark bezweifelt werden, ob diese derzeit in der Bundesrepublik exzellent sind. Zumindest die bundesdeutsche Sportstätteninfrastruktur scheint – folgt man den Angaben des letzten Sportstättenberichts der Sportministerkonferenz aus dem Jahr 2002 – in einem teilweise sehr schlechten Zustand zu sein: Von den untersuchten rund 35.400 Sporthallen, 33.100 Sportplätzen und 6.700 Hallenbädern müssen in den nächsten fünf Jahren bundesweit knapp 40 % renoviert oder gar saniert werden (SMK 2002, 29f).

Trotz der immer noch angespannten Haushaltssituation von Bund, Ländern und Gemeinden sollten investive Ausgaben zur Sanierung von Sportstätten bei den politischen Entscheidungsträgern auf Zustimmung stoßen, weil davon Bevölkerung und Wirtschaft profitieren. Sei es direkt im Rahmen ihres sportlichen Engagements – weil es wieder Spaß macht, bestimmte Sportarten auszuüben bzw. sich im Verein zu engagieren – oder indirekt, weil im Zuge der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zusätzliche Einkommen und Beschäftigung generiert werden. Dieses gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer immer noch trägen Bauwirtschaft.

Innerhalb dieses Beitrages werden zunächst einige aktuelle Zahlen zu den Ausgaben des Staates für Sportzwecke erläutert. Dabei liegt der Fokus auf den vom Staat getätigten Ausgaben für Bauzwecke. Im Anschluss daran werden einige makroökonomisch geprägte Überlegungen zu einer verstärkten investiven Sportförderung durch die Öffentliche Hand diskutiert. Dazu werden die Ergebnisse zweier Studien vorgestellt, welche genau diese makroökonomische Dimension einer verstärkten investiven Sportförderung durch die Öffentliche Hand untersucht haben (Ahlert, 2004; Hardt et al., 2006). Unabhängig voneinander kommen beide Studien zu dem Ergebnis, dass die vom Staat - über die Landessportverbände an die Vereine - geleisteten Zuschüsse zur Sanierung von vereinseigenen Sportanlagen über zusätzliche Steuereinnahmen einen fiskalischen Refinanzierungsbeitrag leisten. Außerdem zeigt sich, dass sich das Gros der Beschäftigungsimpulse auf die Region beschränken. Letzteres ist auch aus Sicht der Gemeinden beruhigend, da diese in der Regel durch Zuschussgewährung in erheblichem Umfang an der Finanzierung der Baumaßnahmen beteiligt sind.¹

2 FÖRDERUNG DES SPORTS DURCH DIE ÖFFENTLICHE HAND

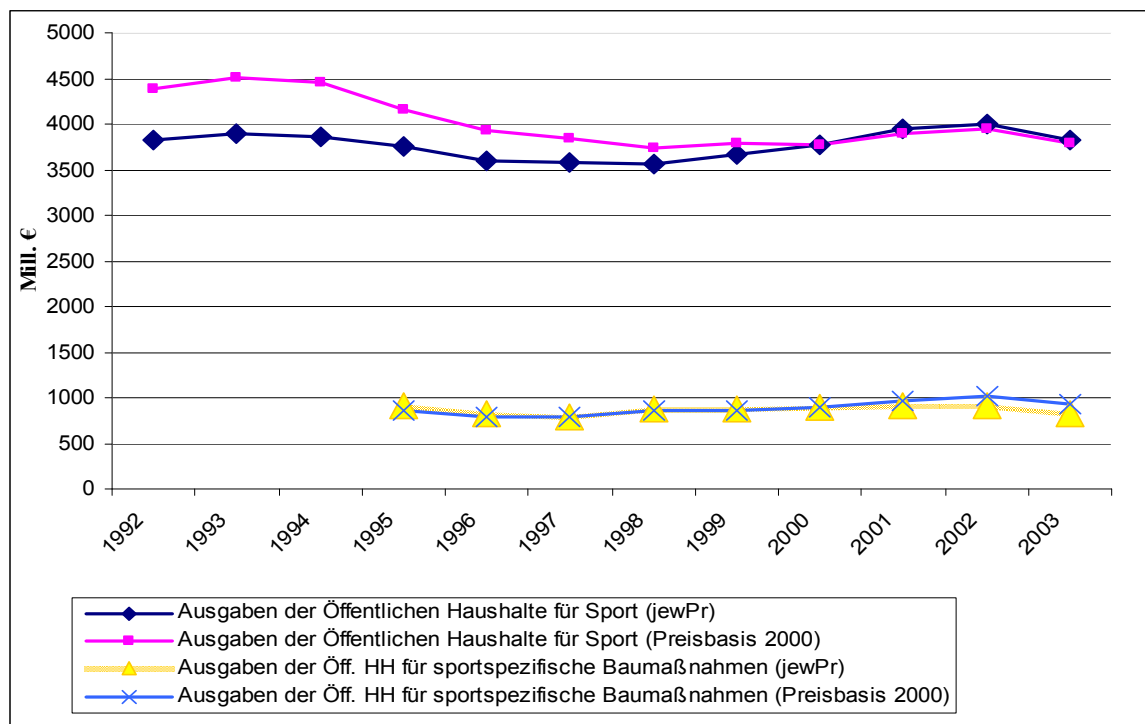
In diesem Abschnitt erfolgt zunächst eine Analyse der durch die Öffentliche Hand getätigten Ausgaben für Baumaßnahmen. Die vorgestellten Daten sind der amtlichen

¹ Der folgende Beitrag basiert auf einem Vortrag, welcher auf der Tagung „sportinfra“ des Landessportbundes Hessen am 7. Oktober 2006 in Wiesbaden gehalten wurde.

Statistik entnommen worden. Da jedoch die entsprechenden Detailinformationen erst mit einer Verzögerung von knapp zwei Jahren bereitgestellt werden, kann die Auswertung derzeit nur bis zum Jahr 2003 erfolgen.

Abbildung 1 dokumentiert die Entwicklung der Ausgaben des Staates für den Sport in Deutschland im Zeitraum 1993 bis zum Jahr 2003 sowohl in jeweiligen Preisen als auch in konstanten Preisen des Preisbasisjahres 2000¹ und berücksichtigt damit auch die im Beobachtungszeitraum stattgefundene Inflation. Die Preisbereinigung offenbart – trotz eines leichten Anstiegs der realen Ausgaben im Zeitraum 1999 bis 2002 – einen tendenziellen Rückgang der von der Öffentlichen Hand getätigten Ausgaben für den Sport in Deutschland. Während in 1993 noch knapp 4,4 Mrd. € vom Staat für Sportzwecke ausgegeben worden sind, sind es 2003 nur noch 3,8 Mrd. € gewesen.

Abbildung 1: Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Sport in jeweiligen Preisen (nominal) und in Preisen des Jahres 2000; in Mill. €



Quellen: Statistisches Bundesamt 2006b, 2006c, eigene Berechnungen

Eine entsprechende rückläufige Entwicklung kann nicht für die von der Öffentlichen Hand getätigten sportspezifischen Baumaßnahmen beobachtet werden. Sie steigen preisbereinigt zwischen 1995 und 2003 von 856 Mill. € auf ca. 930 Mill. € an, während sie parallel dazu, gemessen in jeweiligen Preisen, von gut 900 Mill. € auf ca. 820 Mill. € abnehmen. Der Anstieg in konstanten Preisen, lässt sich dadurch erklären, dass sich die Baupreise seit dem Preisbasisjahr 2000 bis zum Ende des Analysezeitraumes in 2003 aufgrund der schwierigen Auftrags- und Wettbewerbssituation im Baugewerbe rückläufig entwickelt haben.² Der einseitige Deflationseffekt hat dazu geführt, dass der Anteil dieser

¹ Als Deflator wurde der Preisindex des Bruttoinlandsproduktes herangezogen.

² Als Deflator wurde der Preisindex der gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen gewählt.

sehr stark investiven Aufwendungen (Sanierung, Modernisierung und Neubau von Sportanlagen) an den Gesamtaufwendungen des Staates für Sportzwecke preisbereinigt von 20 % auf knapp 25 % gestiegen ist.

Tabelle 1 gibt für das Jahr 2003 einen Überblick über die Ausgabenstruktur des Staates für Sportzwecke nach den einzelnen Gebietskörperschaften und Ausgabenarten.¹ Bund, Länder und Gemeinden haben insgesamt knapp 3,83 Mrd. € für den Sport ausgegeben. Entsprechend der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entfällt der größte Teil der öffentlichen Ausgaben für Sport auf Länder und Gemeinden. Vom Bund ist die Förderung des Sports – insbesondere des Hochleistungssports auf nationaler und internationaler Ebene – mit 192 Mill. € unterstützt worden, während die Länder im Rahmen ihrer Kulturhoheit ca. 576 Mill. € unmittelbar dem Sport haben zugute kommen lassen.² Die kommunale Sportförderung hat im Jahr 2003 ein Gesamtvolumen von knapp 3,1 Mrd. € ausgemacht, d. h., dass annähernd 80 % aller öffentlichen Ausgaben für Sport von den Gemeinden getätigt worden sind. Darüber hinaus haben die Kommunen den Vereinssport aber auch dadurch gefördert, dass sie die gemeindeeigenen Sportplätze, Turnhallen und Bäder gegen geringe Gebühren oder vielerorts kostenlos zur Verfügung gestellt haben und darüber hinaus Beihilfen vielfältiger Art gewährt worden sind.

Tabelle 1: Nettoausgaben der Gebietskörperschaften für Sport im Jahre 2003; in Mill. €

	Zweckverbände	Gemeinden	Länder	Bund	Öffentl. Haushalte insgesamt
Badeanstalten	8,0	1.126,0	45,0	0,0	1.179,0
Sportstätten	2,0	1.338,0	226,0	108,0	1.674,0
Förderung des Sports	1,0	590,0	305,0	84,0	980,0
INSGESAMT	11,0	3.054,0	576,0	192,0	3.833,0

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006a

Der größte Teil der Nettoausgaben der Gebietskörperschaften fließt Sportstätten zu. 2003 sind es 1,67 Mrd. € (43,7 % der Gesamtausgaben öffentlicher Haushalte) gewesen. Für öffentliche Bäder sind 1,2 Mrd. € verausgabt (30,8 %) worden. Mehr als 980 Mill. € sind zur Förderung des Sports ausgegeben worden. Darunter fallen insbesondere gemeindliche Sportveranstaltungen und die Finanzierung der kommunalen Sportämter.

In Abbildung 1 ist bereits kurz auf die Entwicklung der sportspezifischen Ausgaben der Öffentlichen Hand für Baumaßnahmen eingegangen worden. In den letzten Jahren ist es aufgrund einer rückläufigen Entwicklung der Baupreise bis zum Ende des Analysezeitraumes, gelungen, preisbereinigt den nominal ausgewiesenen Rückgang der Ausgaben des Staates für sportspezifische Baumaßnahmen abzufangen.

¹ In Bundesländern, in denen zur Förderung des Sports unmittelbar Anteile von Gewinnspielerträgen verwendet werden, werden diese nicht in der Öffentlichen Rechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst. Dieses gilt derzeit beispielsweise für das Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Ähnliches gilt für Brandenburg ab dem Jahr 2004.

² Das hohe Ausgabenvolumen des Bundes für Sportstätten in Höhe von 108 Mill. € erklärt sich durch die Beteiligung des Bundes an den Kosten zum Umbau des Berliner Olympiastadions und des Leipziger Zentralstadions.

In der folgenden Tabelle 2 wird ein Überblick über die länderspezifischen Ausgaben – Länder mit ihren Gemeinden und Zweckverbänden – und des Bundes für sportspezifische Baumaßnahmen gegeben. Von den unmittelbaren Ausgaben für den Sport in Höhe von 3,8 Mrd. € sind mit 821 Mill. € mehr als 21 % aller Ausgaben für Neubau, Modernisierung und Sanierung von Sportanlagen verwendet worden. Damit sind im Jahr 2003 in Deutschland pro Einwohner im Durchschnitt öffentliche Mittel im Wert von fast 10 € für entsprechende Maßnahmen aufgewendet worden.

Tabelle 2: Ausgaben der Öffentlichen Hand für sportspezifische Baumaßnahmen im Jahr 2003

	Bundesland	Ausgaben für den Sport (Mill. €)	dar. Baumaßnahmen	%-Anteil	Zuwendung je Einwohner
1	Baden-Württemberg	723,0	220,0	30,4%	20,60
2	Bayern	519,0	97,0	18,7%	7,82
3	Berlin	152,0	6,0	3,9%	1,77
4	Brandenburg	117,0	43,0	36,8%	16,69
5	Bremen	22,0	3,0	13,6%	4,53
6	Hamburg	28,0	5,0	17,9%	2,89
7	Hessen	291,0	58,0	19,9%	9,52
9	Mecklenburg-Vorpommern	69,0	18,0	26,1%	10,36
8	Niedersachsen	318,0	64,0	20,1%	8,01
10	Nordrhein-Westfalen	705,0	113,0	16,0%	6,25
11	Rheinland-Pfalz	190,0	60,0	31,6%	14,79
12	Saarland	51,0	7,0	13,7%	6,58
13	Sachsen	218,0	34,0	15,6%	7,84
14	Sachsen-Anhalt	143,0	40,0	28,0%	15,78
15	Schleswig-Holstein	88,0	20,0	22,7%	7,10
16	Thüringen	121,0	34,0	28,1%	14,27
	INSGESAMT	3.755,0	822,0	21,9%	9,96
	Bund	192,0	108,0	/	/
	Bundesrepublik Deutschland	3.947,0	930,0	23,6%	9,95

Quellen: Statistisches Bundesamt 2006a, 2006b; eigene Berechnungen

Ein Blick auf die bauspezifischen Ausgaben in Relation zu den sportspezifischen Gesamtausgaben in den Bundesländern zeigt zum Teil erhebliche Abweichungen (vgl. Tabelle 2), die sich nur bedingt auf andere zusätzliche Finanzierungsquellen des Sportstättenbaus zurückführen lassen.¹ Insbesondere in den Stadtstaaten werden im Schnitt deutlich weniger öffentliche Mittel für sportspezifische Baumaßnahmen aufgewendet. Dieses schlägt sich natürlich auch auf die Höhe der Zuwendung je Einwohner nieder. Der Bund hat im Jahr 2003 mehr als 108 Mill. € in Sportstätten investiert.

3 EMPIRISCHE STUDIEN ZU DEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN WIRKUNGEN DES SPORTSTÄTTENBAUS

Im Folgenden soll der ökonomischen Dimension der investiven Sportförderung die gesamte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu werden innerhalb dieses Abschnitts zwei unabhängig voneinander erstellte Studien erläutert, welche die gesamt- und regionalwirtschaftlichen Wirkungen einer verstärkten investiven Sportförderung durch den

¹ Vgl. auch Anmerkung in Fußnote 1 auf der vorherigen Seite.

Staat untersucht haben (vgl. Ahlert, 2004; Hardt et al., 2006). Neben diesen beiden Studien haben sich außerdem Meyer & Ahlert (2000) intensiv mit der Frage beschäftigt, welche gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Beschäftigungswirkungen von einem Ausbau der Sportinfrastruktur oder aber von einer veränderten Finanzierungsstruktur der öffentlichen Sportförderung ausgehen könnten.

3.1 DIE STUDIE DER GWS (AHLERT, 2004)

In der Studie der GWS¹ ist angenommen worden, dass zur Modernisierung und Sanierung von Sportstätten ein ergänzendes fünfjähriges Investitionsprogramm durch die Öffentliche Hand aufgelegt wird. Darüber hinaus sind auf der Basis eines abgeschlossenen Sporthallenbaus gesamt- und regionalwirtschaftliche Impulse sichtbar gemacht worden.

Die Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist innerhalb des etablierten gesamtwirtschaftlichen Modellsystems INFORGE & LÄNDER erfolgt. Das Modell INFORGE ist ein sektoral tief gegliedertes Prognose- und Simulationsmodell, das seit 1996 jährlich aktualisiert wird und bereits zur Analyse sehr verschiedener Fragestellungen eingesetzt worden ist (vgl. z. B. Lichtblau, Meyer & Ewerhart, 1996; Distelkamp et al., 2000; Meyer & Ahlert, 2000; Meyer & Wolter, 2005; Ahlert, 2006a). So wird das Modell INFORGE unter anderem vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit zur Beantwortung beschäftigungspolitischer Fragestellungen eingesetzt (u. a. Lutz et al., 2002; Distelkamp et al., 2003; Schnur & Zika, 2005; Meyer et al., 2006). Außerdem ist im Rahmen dieses Auftrages das ergänzende Modellsystem LÄNDER entwickelt worden, welches die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse des Modells INFORGE zur Abschätzung des sektoralen Strukturwandels für 11 Wirtschaftsbereiche auf der Ebene der 16 Bundesländer verwendet (Meyer & Ahlert 2002, Lichtblau & Meyer 2003ff). Die eigenständig modellierten Ländermodelle basieren auf den Daten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Eine detaillierte Analyse der Sportförderung in Deutschland – insbesondere der investiven Sportförderung – ist Grundlage für die Formulierung eines ausgewogenen Szenarios gewesen (vgl. Ahlert, 2004 & 2006b), welches im Rahmen einer Simulationsrechnung mit dem Modellsystem INFORGE & LÄNDER der GWS mbH in den Modellzusammenhang eingebunden worden ist. Es ist unterstellt worden, dass im Zeitraum 2004 bis 2008 durch die Öffentliche Hand ein ergänzendes kreditfinanziertes Sportstättenprogramm von jährlich 100 Mill. € aufgelegt wird.² Außerdem ist angenommen worden, dass die innerhalb dieses 5-Jahres-Programms zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel als verlorene 100 %-Zuschüsse für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen vergeben werden. In seinem Volumen hat das im Rahmen dieses Szenarios formulierte Programm eine Ergänzung der investiven Ausgaben der Länder und Kommunen für Sportstätten und Badeanstalten um jährlich ca. 10 % dargestellt.³ Das ergänzende Förderprogramm soll vollständig über zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden. Dies scheint aus finanzwissenschaftlicher Sicht durchaus vertretbar, da das

¹ Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH

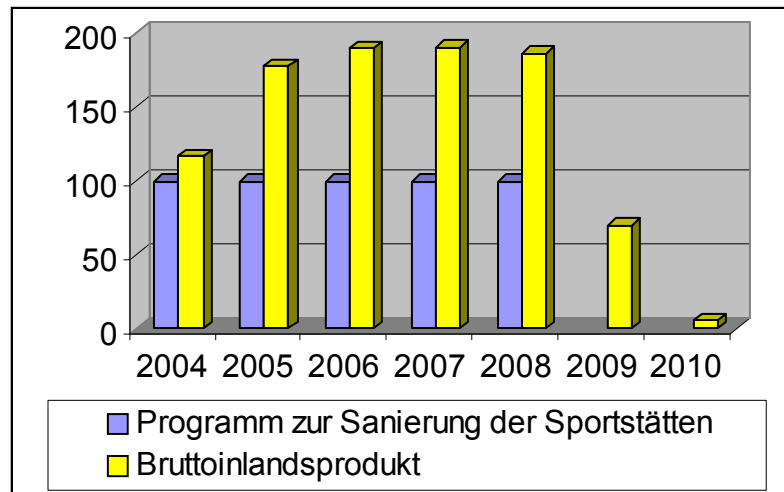
² Organisatorisch-rechtliche Fragen sind im Rahmen der entsprechenden Studie ignoriert worden.

³ Vergleichsjahr 2001 (vgl. Tabelle 2)

skizzierte 5-Jahres-Programm der im Sportstättenbericht der Länder diagnostizierten Abnutzung bzw. Entwertung des Sportanlagenbestands aktiv begegnen könnte. Auch stellt sich der gesellschaftliche Nutzen der Inanspruchnahme modernisierter bzw. sanierter Sportstätten vielfach erst mittel- bis längerfristig ein. Außerdem verfügen diejenigen, die diese modernisierten Anlagen primär nutzen in vielen Fällen noch nicht über eigene bzw. nur über geringe Einkommen (Kinder, Jugendliche). Deswegen verbietet sich ein durch Erhöhung der Steuern gegenfinanziertes Investitionsprogramm, welches einseitig die heutigen Steuerzahler belasten und künftige Nutzer bzw. Nutznießer befreien würde.¹ Des Weiteren ist unterstellt worden, dass die zusätzlichen Investitionen nicht zu einer Verdrängung der sonstigen privaten Investitionstätigkeit führen werden.²

Im Folgenden werden die mit dem Prognose- und Simulationsmodell INFORGE der GWS mbH ermittelten gesamtwirtschaftlichen Effekte erläutert. Abbildung 2 zeigt einen deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes infolge der von der Öffentlichen Hand zusätzlich finanzierten Sportstätteninvestitionen. Dabei strahlen die expansiven Kreislaufeffekte bereits beginnend ab dem Jahr 2005 sehr stark auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Selbst nach Beendigung des Investitionsprogramms werden induzierte Einkommenseffekte wirksam, weil es neben den direkten, durch die zusätzliche Investitionsnachfrage generierten, Einkommens- und Beschäftigungsimpulsen auch indirekte Effekte über die zusätzlich ausgelöste Vorleistungsnachfrage und das erhöhte Einkommen der Privaten Haushalte und des Staates infolge von Steuereinnahmen gibt.

Abbildung 2: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes infolge eines kreditfinanzierten Programms zur Modernisierung und Sanierung der Sportstätten



- Abweichungen zur Basisprognose in Mill. €; Angaben in jeweiligen Preisen -

Aufgrund des ausbleibenden Investitionsimpulses im Jahr 2009 kommt es infolge nachfrage- und kosteninduzierter gesamtwirtschaftlicher Anpassungsreaktionen zu einer

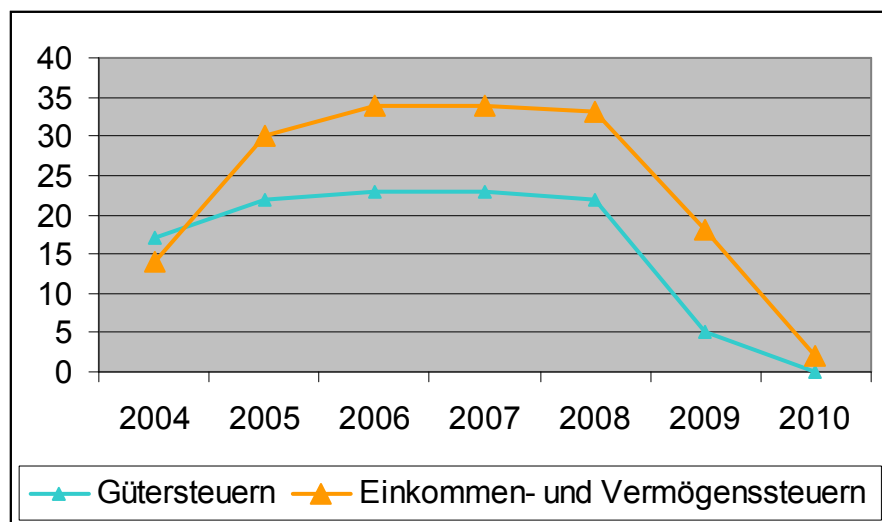
¹ Dieses gilt insbesondere zu Zeiten, in denen die Konjunktur auf nachfragerstringierende Signale äußerst empfindlich reagiert.

² Dieses ist gerade im Hinblick auf das relativ geringe Investitionsvolumen eine realistische Hypothese, zumal sich die zusätzlichen jährlichen Investitionen über das gesamte Bundesgebiet verteilen würden und viele Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben deutlich unterhalb von 1 Mill. € liegen dürften.

Abschwächung der Multiplikatoren. Die indirekten Effekte existieren aber nach Beendigung des Investitionsprogramms weiter und induzieren zusätzliche Einkommen und Beschäftigung.

Sowohl die steigende Investitions- als auch die Konsumnachfrage bewirken einen deutlichen Anstieg der Bruttoproduktion, der aber nicht nur zu steigenden Lohn- und Gewinneinkommen und somit zu einem Anstieg des Verfügbaren Einkommens der Privaten Haushalte führt, sondern auch zu einer allgemeinen Expansion der Staatseinnahmen infolge steigender Steuereinnahmen. Abbildung 3 zeigt, wie sich im Zeitraum 2004 bis 2010 die staatlichen Einnahmen aus Gütersteuern¹ und Einkommens- und Vermögenssteuern entwickeln. Durch direkte und indirekte Kreislaufeffekte kann der Staat über den gesamten Zeitraum zusätzliche Steuereinnahmen von insgesamt mehr als 275 Mill. € realisieren.

Abbildung 3: Entwicklung der Steuereinnahmen infolge des Sportstätteninvestitionsprogramms

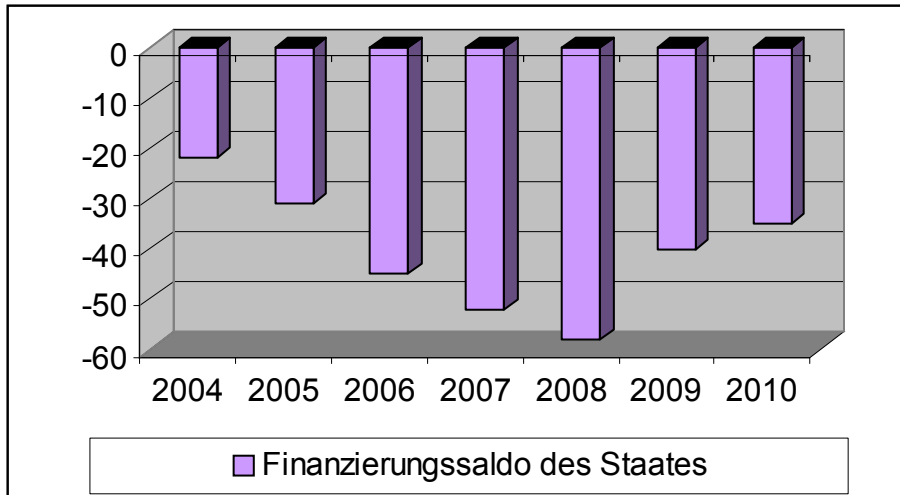


- Abweichungen zur Basisprognose in Mrd. € in jeweiligen Preisen -

Ein durch Verschuldung finanziertes Investitionsprogramm würde die Investitionsquote des Staates erhöhen, der damit der Bauwirtschaft neue Impulse geben könnte. Aber wie verhält es sich mit der Verschuldung des Staates? Der staatliche Finanzierungssaldo entwickelt sich bei Weitem nicht so negativ, wie man dieses ad hoc aufgrund des kreditfinanzierten Programms erwarten würde (vgl. Abbildung 4). Das durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Staates finanzierte Investitionsprogramm zugunsten der Sportstättenanierung würde binnen des 7-jährigen Analysezeitraumes lediglich zu knapp 50 % durch höhere Schulden des Staates finanziert werden.

¹ Gütersteuern setzen sich aus der Mehrwertsteuer, Importabgaben, Übrige Gütersteuern [Verbrauchssteuern (Mineralölsteuer, Biersteuer, etc.), Versicherungssteuer, Grunderwerbssteuer und übrige Gemeindesteuern] sowie Produktionsabgaben an die EU zusammen.

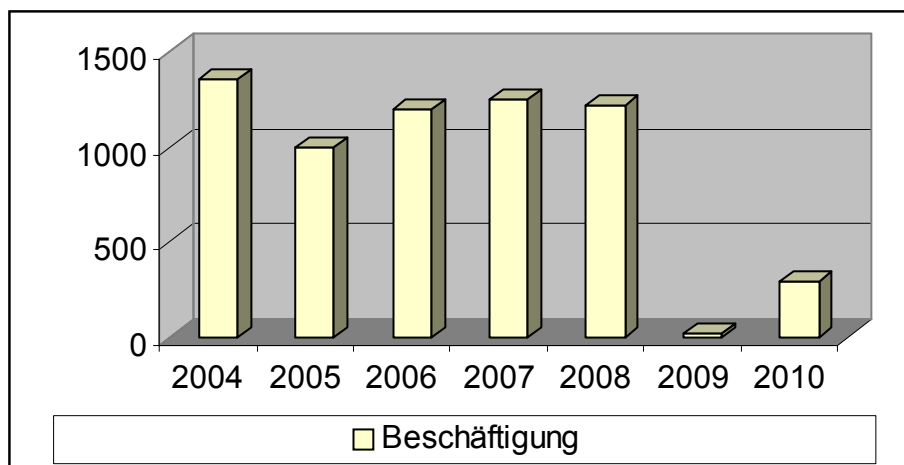
Abbildung 4: Entwicklung des Finanzierungssaldos des Staates infolge des Sportstätteninvestitionsprogramms



- Abweichungen zur Basisprognose in Mill. €; Angaben in jeweiligen Preisen –

Abschließend wird gezeigt, mit welcher Stärke die investiven Impulse des Sportstättenanierungsprogramms auf den Arbeitsmarkt ausstrahlen. Abbildung 5 belegt, dass es über den gesamten Simulationszeitraum zu positiven Beschäftigungswirkungen kommt. Im Durchschnitt aller Jahre werden mehr als 900 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen, wobei der Beschäftigungsimpuls im ersten Jahr des Programms am stärksten ausfällt, während im Jahr nach Beendigung des Programms kosteninduzierte Anpassungsreaktionen am Arbeitsmarkt zu verzeichnen sind.

Abbildung 5: Entwicklung der Beschäftigung infolge des Sportstätteninvestitionsprogramms



- Abweichungen zur Basisprognose; Angaben in Beschäftigte –

In einer ergänzenden Analyse ist exemplarisch auf der Basis eines erfolgten Sportstättenbaus aufgezeigt worden, welche gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Beschäftigungseffekte wirksam geworden sind und welche davon regional, d. h. im Umkreis von 50 km, bzw. überregional im Bundesland wirksam geworden sind. Die dazu

erforderlichen Hintergrundinformationen sind vom Bayerischen Landes-Sportverband e. V. zur Verfügung gestellt worden.¹

Im Rahmen des Baus der 2-Fach-Sporthalle sind insgesamt Ausgaben in Höhe von knapp 4,4 Mill. € getätigt worden. Eine Analyse der Ausgaben hat gezeigt, dass knapp 85 % der erbrachten Leistungen von Unternehmen aus der Region erbracht worden sind. 4 % sind von überregionalen Unternehmen aus dem Freistaat Bayern erbracht worden, während 11,6 % der Leistungen von Unternehmen mit Sitz außerhalb von Bayern in Rechnung gestellt worden sind.

Der Sportverein hat zur Finanzierung der 2-Fach-Sporthalle einen Eigenanteil von gut 47 % erbracht. Die Eigenmittel des Sportvereins setzen sich zu weit mehr als 80 % aus einem Bankdarlehen zusammen, während lediglich 0,6 % der Eigenmittel schlussendlich durch den Verein in Form von Hand- und Spanndiensten der Mitglieder finanziert worden sind. Der Zuschussanteil der Gemeinde hat mehr als 32 % ausgemacht. Die zur Finanzierung der Baumaßnahme fehlenden knapp 21 % sind vom Bayerischen Landes-Sportverband bereitgestellt worden. Die Mittel sind zu 2/3 als Zuschuss und zu 1/3 als zinsgünstiges Darlehen zugeteilt worden.

Im Folgenden werden die makroökonomischen Gesamteffekte – soweit sie sich regionalisieren lassen – der Region, dem Freistaat Bayern und den übrigen Bundesländern zugeordnet. Die mit dem Modellsystem INFORGE & LÄNDER durchgeführte Modellrechnung berücksichtigt auch die spezifischen Finanzierungsstrukturen des Fallbeispiels.

Tabelle 3: Gesamtwirtschaftliche Änderung einiger ausgewählter makroökonomischer Kennzahlen infolge des Baus der 2-Fach-Sporthalle

	Gesamteffekt
Produktion	14,9
Vorleistungen	7,1
Bruttowertschöpfung	7,8
Nettogütersteuern	1,0
Bruttoinlandsprodukt	8,8
Konsum der privaten Haushalte	4,8
Konsum des Staates	1,0
Investitionen	5,0
Exporte	0,1
Importe	2,0
Beschäftigung	57

- Abweichungen zur Basisprognose in Mill. € in jeweiligen Preisen bzw. in Beschäftigte –

Tabelle 3 zeigt, wie sich wichtige makroökonomische Kennzahlen infolge der Baumaßnahme auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, d. h. sowohl innerhalb der investierenden Region als auch außerhalb dieser Region entwickeln. Der Bau der 2-Fach-Sporthalle mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 4,4 Mill. € würde das gesamtwirt-

¹ Im Rahmen dieses Fallbeispiels ist der Neubau einer 2-Fach-Sporthalle mit zwei Gymnastikräumen durch einen Sportverein in Unterfranken sowohl bezüglich des Gesamtinvestitionsvolumens samt der dahinter stehenden Ausgabenbestandteile als auch bezüglich der Finanzierungsstruktur ausgewertet worden.

schaftliche Produktionsvolumen infolge der wirksam werdenden Kreislaufeffekte über einen Zeitraum von fünf Jahren um knapp 14,9 Mill. € steigern. Der Gesamtwert der im Inland erzeugten Waren und Dienstleistungen – das Bruttoinlandsprodukt – steigt infolge des einmaligen Investitionsimpulses um ca. 8,8 Mill. € an. Neben induzierten Investitionen (0,6 Mill. €) wird das zusätzlich generierte Inlandsprodukt auch für konsumtive Ausgaben der privaten Haushalte (4,8 Mill. €) und des Staates (1,0 Mill. €) verwendet. Außerdem werden sowohl infolge der gestiegenen Produktionsaktivität als auch der gestiegenen Einkommen vermehrt Güter aus dem Ausland nachgefragt (2,0 Mill. €). Insgesamt führt die Baumaßnahme innerhalb des ausgewerteten 5-Jahres-Zeitraumes zu einem Anstieg um 57 Arbeitsplätze.

Tabelle 4: Regionalstruktur des Inlandsproduktes und der Beschäftigung

	2004	2005	2006	2007	2008	- insgesamt -
Bruttoinlandsprodukt (Mill. €)	2,0	3,6	2,2	0,8	0,2	8,8
- regional	1,2	1,0	0,3			2,5
- überregional im Freistaat	0,6	1,4	0,5			2,5
Bayern insgesamt	1,7	2,5	0,8	0,1	0,0	5,1
übrige Bundesländer, Bund	0,3	1,2	1,4	0,6	0,2	3,7
Beschäftigung (Beschäftigte)	24	24	3	5	2	57
- regional	16	11				27
- überregional im Freistaat	8	7				15
Bayern insgesamt	24	18				42
übrige Bundesländer, Bund		5	3	5	2	13

- Abweichungen zur Basisprognose -

Tabelle 4 zeigt die regionalisierte Zurechnung der Einkommens- und Beschäftigungseffekte für die beiden Kennzahlen „Bruttoinlandsprodukt“ und „Beschäftigung“. Aus der regionalen Zuordnung für beide ökonomischen Größen wird ersichtlich, dass Maßnahmen des Vereinssportstättenbaus im Falle ihrer Realisierung eindeutig die regionalökonomische Entwicklung positiv beeinflussen. Infolge des Baus der Sporthalle kommen bei vorsichtiger Schätzung knapp 30 % der zusätzlichen Wertschöpfung und 46 % der zusätzlichen Beschäftigung der Region in einem Umkreis von 50 km zugute. Neben regionalen Effekten kommt es aber auch im überregionalen Umfeld zu positiven Auswirkungen. Die durchgeführten Berechnungen zeigen, dass infolge des Baus der Sporthalle bei vorsichtiger Schätzung knapp 60 % der zusätzlich induzierten Wertschöpfung und gut 70 % der zusätzlich generierten Beschäftigung im Freistaat Bayern verbleiben.

Natürlich realisiert die Kommune durch den Sporthallenbau auch zusätzliche Steuereinnahmen. Die Komplexität der föderalen Finanzstrukturen macht aber eine Analyse im Rahmen dieser Fragestellung nahezu unmöglich. Den Angaben des Bundesfinanzministeriums zu den Anteilen der Gebietskörperschaften an den Steuereinnahmen folgend würden ca. 300.000 € in kommunale Kassen und ca. 1 Mill. € an die 16 Länderhaushalte binnen des fünfjährigen Analysezeitraumes zurückfließen (BMF, 2003). Der Freistaat Bayern könnte bei vorsichtiger Schätzung ca. 150.000 € an zusätzlichen Einnahmen aus Steuern realisieren.

Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive zeigt sich, dass die Investitionszuschüsse der Öffentlichen Hand, d. h. in diesem Fallbeispiel der Gemeinde und des Bayerischen

Landes-Sportverbandes (stellvertretend für den Freistaat Bayern), in Höhe von ca. 2 Mill. € nicht nur den Bau der Sporthalle durch den Verein ermöglichen. Sie generieren durch die vielfältigen multiplikativen Verknüpfungen des Wirtschaftskreislaufes auch zusätzliche Einkommen und Beschäftigung und schaffen Steuereinnahmen, die in Höhe von knapp 2,6 Mill. € an die Kassen des Staates zurückfließen.

3.2 DIE STUDIE DES NIW (HARD ET AL., 2006)

In einem jüngst vom NIW¹ vorgestellten Gutachten im Auftrag des Landessportbundes Niedersachsen e. V. (LSB) ist der Frage nachgegangen worden, welche regionalökonomischen Effekte sich aus einem „100 Millionen Programm“ zur Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen ergeben könnten. Das konzipierte Programm schließt die bisherige jährliche Förderung (ca. 2,7 Mill. €) durch den LSB ein und soll im Zeitraum 2007 bis 2016 mit jährlich gleichen Förderbeträgen von 10 Mill. € ausgestattet sein.

Das zur Abschätzung der regionalökonomischen Effekte eingesetzte Instrumentarium ist die Input-Output-Analyse in Form eines Leontief-Modells mit teilendogenisierter Endnachfrage, welches in der Vergangenheit auch für andere Untersuchungen eingesetzt worden ist (vgl. NIW, 1997ff; NIW, 1999; NIW, 2001). Auf der Grundlage von Detailauswertungen von, während des Zeitraumes 2003 bis 2005, geförderten Sportstättenbaumaßnahmen in den 48 Kreis- und Stadtsportbünden Niedersachsens ist dann für den zehnjährigen Prognosezeitraum ermittelt worden, welche volkswirtschaftlichen Gesamteffekte von dem unterstellten Programm zur Förderung des Sportstättenbaus zu erwarten sind. Vor dem Hintergrund, dass gemäß der Sportstättenförderrichtlinie max. 20 % der veranschlagten förderfähigen Kosten durch LSB-Fördermittel aufgebracht werden dürfen, sind zwei alternative Berechnungen innerhalb des eingesetzten Modells gerechnet worden:

Bei der ersten Schätzung ist angenommen worden, dass die Förderquote und der Anteil der Arbeitsleistungen an den Bruttoinvestitionen auch bei einem erhöhten Programmvolumen unverändert bleiben. Bei diesem Status Quo Szenario werden in den kommenden zehn Jahren mit einem Fördervolumen von 100 Mio. € Bruttoinvestitionen in Höhe von 833 Mill. € ausgelöst, von denen 725 Mill. € als Primärimpuls im Wirtschaftskreislauf wirksam werden.²

Innerhalb der zweiten Modellschätzung ist unterstellt worden, dass die Förderquote das erlaubte Maximum von 20 % annimmt. Innerhalb dieses Alternativszenarios wird mit einer Fördersumme von 100 Mill. € binnen der nächsten zehn Jahre lediglich ein Bruttoinvestitionsvolumen in Höhe von 500 Mill. € wirksam werden, von denen 435 Mill. € als Primärimpuls den Wirtschaftskreislauf anschieben.

Innerhalb der folgenden Tabelle 5 werden die im Zuge der Modellrechnungen ermittelten gesamtwirtschaftlichen Effekte der Investitionen zusammengefasst. Während des gesamten Simulationszeitraums liegt im Fall des Status Quo Szenarios der kumulierte

¹ Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

² Der Anteil von 13 % an unterstellten Arbeitsleistungen im Zuge von Hand- und Spanndiensten durch den Sportverein führt zu einem Rückgang des in Fremdleistung erstellten Investitionsvolumens.

gesamtwirtschaftliche Produktionseffekt bei 1,7 Mrd. € und der Einkommenseffekt bei ca. 793 Mill. €. Insgesamt wird ein kumulierter Gesamtbeschäftigungseffekt von mehr als 16.000 Personenjahren prognostiziert. Im Falle des Alternativszenarios kommt es aufgrund des deutlich schwächeren Primärimpulses zu entsprechend geringeren Einkommens- und Beschäftigungsimpulsen.

Tabelle 5: Die Modellergebnisse der beiden Alternativszenarios über den Gesamtzeitraum 2007 bis 2016 im Hinblick auf zentrale gesamtwirtschaftliche Zielgrößen

	Status Quo	Maximale Förderung
LSB-Zuschuss	100 Mill. €	100 Mill. €
Primärimpuls	725 Mill. €	435 Mill. €
Produktionseffekte	1,7 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Wertschöpfung	792,5 Mill. €	475,5 Mill. €
Steueraufkommen des Landes	26,2 Mill. €	15,4 Mill. €
benötigte Personenjahre	16.165	9.695
(pro Jahr durchschnittlich)	Ca. 1.600	Ca. 970

Quelle: Hardt et al., 2006

In einer detaillierten Analyse ist vom NIW untersucht worden, ergänzend, die fiskalischen Effekte der Förderung des Sportstättenbaus für das Land Niedersachsen und seine Gemeinden abzuschätzen. Dieses gestaltet sich insbesondere deswegen schwierig, weil zwischen Gemeinschaftssteuern und Länder- bzw. Gemeindesteuern unterschieden werden muss. Die obige Tabelle zeigt zusammengefasst die steuerlichen Rückflüsseffekte einer Förderung des Sportstättenbaus. Im Modell Status Quo könnte das Land damit rechnen, dass sich mehr als ein Viertel des LSB-Mitteleinsatzes gleichsam selbst finanzieren würde, die Gemeinden eingeschlossen, wäre es sogar ein Drittel.¹ Die höchsten Rückflüsse hätte das Land demnach aus der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer zu erwarten. Auf gemeindlicher Ebene wären es die Einkommenssteuer und die Gewerbesteuer, die die höchsten Zusatzeinnahmen brächten.

Abschließend ist auf der Basis von Fallstudien die regionale Verwendung der Mittel für den Sportstättenbau überprüft worden. Unter anderem hat man feststellen können, dass für knapp 94 % der vergebenen Auftragssummen Auftragnehmer innerhalb Niedersachsens gefunden worden sind. Knapp 86 % dieser Aufträge sind sogar innerhalb der „eigenen Region“ erteilt worden. Ein weiterer Befund betrifft die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich des Handwerks an den beauftragten Summen. Diese Quote ist mit gut 95 % der Auftragssummen ermittelt worden. Ausgaben für den Sportstättenbau stoßen demnach in besonderem Maße regionale Kreisläufe an und begünstigen KMU.

¹ Ob Letzteres tatsächlich zulässig ist, muss stark bezweifelt werden, da sich die Gemeinden in der Regel ebenfalls – ähnlich wie das Land über den LSB – aktiv an der Finanzierung der Baumaßnahme beteiligen.

3.3 EIN KURZER METHODISCHER VERGLEICH BEIDER STUDIEN

Auch wenn beide Studien das Instrumentarium der Input-Output-Analyse verwenden, so gibt es doch zwischen den eingesetzten gesamtwirtschaftlichen Modellen gravierende Unterschiede, die auch die Abweichungen in den ermittelten Multiplikatoreffekten erklärt.

Einerseits wird vom NIW ein um Multiplikatoreffekte erweitertes, statisch offenes Leontief-Modell und einem gekoppelten dynamisierten Beschäftigungsmodul eingesetzt. Andererseits wird von der GWS das seit Mitte der 90er Jahre regelmäßig in unterschiedlichen Fragestellungen eingesetzte, sektoral tief gegliederte, makroökonomische Prognose- und Simulationsmodell INFORGE verwendet.

Dieses stellt die logische Weiterentwicklung des vom NIW eingesetzten Modelltyps dar. Im Gegensatz zu dem vom NIW eingesetzten Modell erfasst es den sektoralen Strukturwandel der Vergangenheit sowohl monetär als auch personell vollständig und berücksichtigt diesen im Rahmen des Simulations- bzw. Prognosezeitraumes (vgl. Distelkamp et al., 2003). Im Modellzusammenhang werden alle, innerhalb eines dualen Mengen- und Preismodells gebildeten, sektoralen Variablen durch explizite Aggregation zu gesamtwirtschaftlichen Variablen zusammengefasst. Die im Rahmen des Produktionsprozesses auf der sektoralen Ebene nach 59 Wirtschaftsbereichen entstandenen Einkommen werden in einer komplexen und simultanen Modellierung innerhalb des vollständig endogenisierten Kontensystems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sachgerecht zugeordnet. Neben der Verteilung der Einkommen werden auch die Umverteilungstätigkeit des Staates sowie die Einkommensverwendung der privaten Haushalte für die verschiedenen Waren und Dienstleistungen abgebildet. Außerdem werden die Finanzierungssalden der institutionellen Transaktoren bestimmt. Damit ist insbesondere auch die staatliche Budgetrestriktion im Modell enthalten. Endogen eingebunden in dieses System ist somit die gesamte Fiskalpolitik des Staates. Auch die Modellierung von Arbeitsmarktwirkungen ist vollständig endogenisiert. Die Struktur des Modells INFORGE ist hochgradig interdependent. Neben den üblichen Kreislaufinterdependenzen sind die Mengen-Preisinterdependenzen und die Lohn-Preisinterdependenz abgebildet.

Darüber hinaus muss kritisch angemerkt werden, dass innerhalb der NIW-Studie die Finanzierung des Primärimpulses nicht im Detail erläutert worden ist. Es wird lediglich auf den LSB-Investitionszuschuss und den Finanzierungsbeitrag der Vereine durch Hand- und Spanndienste eingegangen. Damit bleiben mehr als 75 % der Finanzierung ungeklärt. Letzteres verzerrt ohne Zweifel die Interpretation der gewonnenen Ergebnisse.

4 EINIGE ABSCHLIEBENDE BEMERKUNGEN

Die empirische Analyse der Sportförderung in Deutschland hat gezeigt, dass sich diese insgesamt leicht rückläufig entwickelt, wobei die Unterschiede zwischen den Bundesländern teilweise gravierend sind. Im Bereich der Ausgaben des Staates für Baumaßnahmen im Bereich des Sports hat sich lediglich aufgrund rückläufiger Baupreise innerhalb einer „angeschlagenen“ Bauwirtschaft das tatsächliche Fördervolumen nicht vermindert.

Im Rahmen der vorgestellten Studien ist deutlich geworden, dass ein Investitionsprogramm zur Sanierung von Sportstätten der Bauwirtschaft zusätzliche Impulse geben könnte. Die expansiven Effekte des Wirtschaftskreislaufs werden zusätzliche Einkommen und Beschäftigung generieren, welche wiederum zusätzliche Einnahmen des Staates in Form höherer Steuern nach sich ziehen. Auch ist ein teilweiser Selbstfinanzierungseffekt der jeweils aufgelegten staatlichen Zuschussprogramme ermittelt worden.

Beide Studien zeigen, dass solche Programme insbesondere eine regionalökonomische Dimension haben. Die Baumaßnahmen für Sportzwecke leisten aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften hinsichtlich der regionalen Verortung der Auftragnehmer und der Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen an der Aufgabenerfüllung einen besonderen Beitrag.

Mit Blick auf die Finanzierung eines solchen Programms zur Sanierung der Sportstätten einige abschließende Anmerkungen. Im Falle einer öffentlichen Kreditfinanzierung der Sportstätten könnte der Nutzen stärker auf die Inanspruchnahme abgestimmt werden: Es würden heutige und künftige Nutzer ihren Finanzierungsanteil leisten. Dieses wäre sowohl dann der Fall, wenn der Staat sein Zuschussvolumen im Rahmen der Sportstättenförderung durch zusätzliche Verschuldung finanziert, als auch wenn der Staat ein Darlehensprogramm zugunsten der Sportvereine für Zwecke des Vereinssportstättenbaus auflegen würde. Letzteres wird seit einigen Jahren vom Freistaat Bayern im Rahmen des Sonderprogramms „Vereinssportstätten“ praktiziert. Während im zuerst genannten Fall die heute zusätzlich aufgenommenen Schulden später durch Steuern von allen Bürgern bezahlt werden müssten, wäre im Falle der Darlehensfinanzierung die Finanzierungslast einseitig von den Sportvereinen zu leisten.

Unter der Prämisse, dass die Entscheidung zugunsten von Sportstättenbaumaßnahmen im Zuge der Abwägung von alternativen Baumaßnahmen als Pareto-optimal identifiziert worden ist, landen in beiden Finanzierungsvarianten die erfolgenden Tilgungsrückflüsse Euro für Euro im Inland bei den Kindern und Enkeln. Einkommen und Vermögen der künftigen Generationen würden nicht geschröpft.¹ Auch wenn in beiden Varianten der künftige finanzielle Handlungsspielraum – entweder der des Staates oder der der Vereine – durch Rückzahlung der Schulden eingeengt wird, so kann doch bereits heute eine leistungsfähige moderne Sportstätteninfrastruktur bei Kindern und Jugendlichen zu einer eigenständigen leistungs- und gesundheitsorientierten Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Dieses stellt ohne Zweifel mittel- bis längerfristig nicht nur aus individueller Perspektive einen Gewinn dar.

1

LITERATUR

- AHLERT, G.: Investive Sportförderung in der Bundesrepublik – Ökonomische Impulse eines öffentlich finanzierten Infrastrukturprogramms zur Sanierung und Modernisierung der Sportstätten. Gutachten im Auftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISP), der Internationalen Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen e.V. (IAKS) und des Bayerischen Landes-Sportverbandes e.V., Osnabrück 2004.
- AHLERT, G.: Auswirkungen des zusätzlichen Incoming-Tourismus während der FIFA WM 2006TM auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. GWS Discussion Paper 2006/1, Osnabrück 2006a.
- AHLERT, G.: Hosting the FIFA World CupTM Germany 2006 – macroeconomic and regional economic impacts. *Journal of Convention and Tourism Events*, 2006b, S.57-77.
- DISTELKAMP, M. / ELIXMANN, D. / LUTZ, C. / MEYER, B. & SCHIMMEL, S.: Beschäftigungswirkungen der Liberalisierung im Telekommunikationssektor in der Bundesrepublik Deutschland, Diskussionsbeitrag Nr. 202 des Wissenschaftlichen Instituts für Kommunikationsdienste. Bad Honnef 2000.
- DISTELKAMP, M. / HOHMANN, F. / LUTZ, C. / MEYER, B. & WOLTER, I.: Das IAB / INFORGE-Modell - Ein neuer ökonometrischer Ansatz gesamtwirtschaftlicher und länderspezifischer Szenarien. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB), Band 275. Nürnberg 2003.
- HARDT, U. / ERTEL, R. & SCHASSE, U. [NIW]: Regionalökonomische und fiskalische Effekte aus Investitionen in den Sportstättenbau in Niedersachsen. Gutachten im Auftrag des LandesSportbund Niedersachsen. Hannover 2006.
- LICHTBLAU, K. & MEYER, B.: Bundesländer-Ranking: Bundesländer im Vergleich - Wer wirtschaftet am besten? Köln 2003ff.
- LICHTBLAU, K. / MEYER, B. & EWERHART, G.: Komplementäres Beziehungsgeflecht zwischen Industrie und Dienstleistungen. In: *iw-trends*. 4/96 S. 1-24. Köln 1996.

-
- LUTZ, C. / MEYER, B. / SCHNUR, P. & ZIKA, G.: Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2015. Modellrechnungen auf Basis des IAB/INFORGE-Modells. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittIAB), 3/2002, S. 305-326.
- MEYER, B. & AHLERT, G.: Die ökonomischen Perspektiven des Sports. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Band 100 der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Schorndorf 2000.
- MEYER, B. & AHLERT, G.: Probleme der Regionalisierung volkswirtschaftlicher Einkommens- und Beschäftigungseffekte von Sportgroßveranstaltungen. In: Büch, M.-P. / Maennig, W. & Schulte, H.-J. (Hrsg.): Regional- und sportökonomische Aspekte von Sportgroßveranstaltungen. Köln 2002, S. 83-100.
- MEYER, B. / LUTZ, C. / SCHNUR, P. & ZIKA, G.: National economic policy simulations with global interdependencies * a sensitivity analysis for Germany. IAB Discussion Paper Nr. 12/2006, Nürnberg 2006.
- MEYER, B. & WOLTER, M. I.: Demographische Entwicklung und wirtschaftlicher Strukturwandel - Auswirkungen auf die Qualifikation am Arbeitsmarkt. Beitrag zum 14. wissenschaftlichen Kolloquium am 28. und 29. April 2005, Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 2005.
- NIEDERSÄCHSISCHE ENERGIEAGENTUR & NIW: Untersuchung der wirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Effekte von Bau und Betrieb von Offshore-Windparks in der Nordsee auf das Land Niedersachsen. Hannover 2001.
- NIW: Weltausstellung EXPO 2000 – Regionalökonomische Effekte der EXPO-Aktivitäten. Hannover 1997 (Zwischenbilanz), 2001 (Bilanz zum 1.1.2000), 2001 (Gesamtbilanz).
- NIW: Regionalökonomische Effekte von Klimaschutzmaßnahmen in der Region Hannover. Hannover 1999.
- SCHNUR, P. & ZIKA, G.: Projektion des Arbeitskräftebedarfs bis 2020: Nur zögerliche Besserung am deutschen Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 12/2005, Nürnberg 2005.
- SPORTMINISTERKONFERENZ DER LÄNDER, DEUTSCHER SPORTBUND & DEUTSCHER STÄDTETAG [SMK]: Sportstättenbericht der Länder. Berlin 2002.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart 2006a.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Sonderauswertung der Jahresrechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes. Wiesbaden 2006b.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Konten und Standardtabellen 2006: Erste Ergebnisse.
Wiesbaden 2006c.

